

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am **15.06.2015** Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1

17.WP/WuF/030

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:37 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:36 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:45 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Weinel, Olaf

stellv. Vorsitzender

Plaß, Barthold

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Ehrhardt, Hans-Joachim
Hinz, Gerald
Schulz, Kurt-Ulrich

stellv. Mitglied/Mitglieder

Bublitz, Werner
Zschoch, Mirco

Beratende/s Mitglied/er

Rainer, Joachim-Roland

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Lahmann, Jörg
Philipps, Lutz
Scholz, André
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 16.03.2015

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Mitteilung: Durchführung einer überörtlichen Prüfung; Handlungsoptionen von Kommunen hinsichtlich ihrer Sparkassen
Vorlage: 2015 0885
 - 3.2. Mitteilung - Regionalisiertes Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2015
Vorlage: 2015 0889
4. Anfrage nach Geschäftsordnung der CDU-Ratsfraktion v. 18.03.2015 - Sanierungsstau in städtischen Liegenschaften
Vorlage: 2015 0882
5. Jahresabschluss zum 31.12.2010
Vorlage: 2015 0887
6. Anfragen laut Geschäftsordnung
7. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Weinel wies darauf hin, dass der TOP 3 im vertraulichen Teil entfallen könne, da die Vorlage bereits im Verwaltungsausschuss beschlossen wurde.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 16.03.2015

Herr Plaß wies darauf hin, dass im 2. Absatz auf Seite 3 des Protokolls vom 16.03.2015 das Wort ‚Investitionsstau‘ in ‚Sanierungsstau‘ geändert werden müsse, da sich die Frage von Herrn Apel auf einen Sanierungsstau in Gebäuden bezog.

Es entspann sich eine Diskussion darüber, ob Herr Apel zwar ‚Sanierungsstau‘ gemeint, tatsächlich aber – wie im Protokoll festgehalten – von ‚Investitionsstau‘ gesprochen habe.

In der weiteren Aussprache erläuterte **Herr Lahmann** den Unterschied zwischen Instandhaltung und Sanierung. Eine Sanierung führe zu einer Verbesserung der Standards, während eine Instandhaltung lediglich die Reparatur zur Aufrechterhaltung der Gebäude beinhalte.

Von **Herrn Hammermeister** wurde ergänzt, dass für unterlassene Instandhaltung Rückstellungen gebildet werden könnten. Dann müsse aber gesichert sein, dass diese Instandhaltung in den nächsten Jahren auch durchgeführt werde.

Herr Lahmann erklärte, dass bisher nicht die Notwendigkeit der Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gegeben war, da die Gebäude durch regelmäßige Reparaturen ja funktionieren. Auch seien in fast allen Gebäuden die vorgegebenen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt worden.

Herr Zschoch wies darauf hin, dass der Politik schon entsprechende Zahlen, z.B. für Sanierung von Schulgebäuden, vorgelegt werden müssten, damit erkannt werden könne, was finanziell auf die Stadt zukomme.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass zunächst einmal Verständigung über die für die Klassifizierung als ‚Sanierungsbedarf‘ zu Grunde zu legenden Kriterien erzielt werden müsse, um entscheiden zu können, welche Sanierungsmaßnahmen in welchen Gebäuden vorgenommen werden sollten. Erst danach können entsprechende Planungsaufträge vergeben und die konkreten finanziellen Auswirkungen (genauen Zahlen) ermittelt werden.

Nach weiterer Diskussion einigte sich der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen darauf, dass diese Fragen nach dem in der AG Haushaltskonsolidierung formulierten Projektauftrag weiter abgearbeitet werden sollten und die Verwaltung dazu dann entsprechende Zahlen liefern werde.

Bei 2 Enthaltungen wurde das Protokoll über die Sitzung vom 16.03.2015 mit der nachfolgenden Änderung auf S. 3, 2. Abs., 1. Satz genehmigt:

„Zur Frage von Herrn Apel, wie hoch der **Investitions-/Sanierungsstau** in der Stadt Burgdorf sei, erklärte Herr Baxmann, dass diese Zahlen schon mehrfach in den entsprechenden Fachausschüssen geliefert worden seien.“

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

3.1. Mitteilung: Durchführung einer überörtlichen Prüfung; Handlungsoptionen von Kommunen hinsichtlich ihrer Sparkassen Vorlage: 2015 0885

Herr Baxmann erklärte, dass das bisher gewählte Verfahren der Abführung in Burgdorf auch weiterhin so Bestand haben sollte.

Herr Hinz wies darauf hin, dass nach dem Prüfungsbericht eine höhere Abführung verlangt werde, dieses aber in Burgdorf nicht praktiziert werden sollte. Er würde es aber begrüßen, wenn 1 bis 2mal im Jahr durch den Vorstand der Sparkasse im vertraulichen Teil des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen oder Verwaltungsausschusses ein Statusbericht abgegeben werden würde.

3.2. Mitteilung - Regionalisiertes Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2015
Vorlage: 2015 0889

Die Mitteilung wurde ohne Rückfragen zur Kenntnis genommen.

Anschließend teilte **Herr Philipps** noch mit, dass außer Burgdorf noch weitere 5 Kommunen in der Region Hannover ihre Realsteuerhebesätze für 2015 erhöht hätten. Der Regionsdurchschnitt liege bei der Grundsteuer jetzt bei 465,8% und bei der Gewerbesteuer bei 430,8%.

4. Anfrage nach Geschäftsordnung der CDU-Ratsfraktion v. 18.03.2015 - Sanierungsstau in städtischen Liegenschaften
Vorlage: 2015 0882

Der Tagesordnungspunkt wurde als behandelt betrachtet, da die Diskussion hierzu schon unter TOP 2 geführt wurde.

5. Jahresabschluss zum 31.12.2010
Vorlage: 2015 0887

Herr Philipps erwähnte, dass noch mehrere Kommunen keinen 2010er Jahresabschluss erstellt hätten. So habe einem Pressebericht zufolge eine Regi- onskommune noch keinen Jahresabschluss 2009 fertiggestellt. Er wies da- rauf hin, dass für die Erstellung des Abschlusses gegenüber früheren (kame- ralen) Jahresabschlüssen ein erheblicher Mehraufwand – auch bei der Prü- fung durch das RPA – notwendig sei.

Weiterhin wies **Herr Philipps** darauf hin, dass durch den Rat drei getrennte Beschlüsse gefasst werden müssen, und zwar einmal der Beschluss über den Jahresabschluss, dann zur Entlastung des Bürgermeisters und drittens zur Verwendung des Überschusses aus dem außerordentlichen Ergebnis.

Bei **Herrn Voutta** bedankte er sich für die sehr gute Zusammenarbeit mit dem RPA sowohl bei der Erstellung als auch bei der Prüfung des Jahresab- schlusses.

Anschließend stellte **Herr Hammermeister** die wesentlichen Zahlen des Jahresabschlusses mit entsprechenden Charts vor.

Herr Hinz bedankte sich für den umfassenden Bericht zum Jahresabschluss und bemerkte, dass Berichtigungen zur Eröffnungsbilanz nur minimal not- wendig gewesen seien.

Die auf Seite 46 aufgeführten Rückstellungen für Urlaub und Überstunden sollten s.E. dahingehend untersucht werden, wie stark die Belastung einzel-

ner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – u.a. auch durch den Ausfall durch Langzeiterkrankungen – sei.

Die auf Seite 47 aufgeführten und gegenüber dem Haushaltsplan deutlich geringeren Unterhaltungskosten – so **Herr Hinz** – führen zu der Frage, ob entsprechende Instandhaltungen nicht erfolgt seien bzw. aufgrund fehlenden Personals nicht durchgeführt werden konnten.

Herr Plaß dankte der Verwaltung sowie dem RPA für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2010 und erkundigte sich, wann mit den noch offenen Abschlüssen 2011 bis 2013 zu rechnen sei.

Zu den Urlaubs- und Überstundenrückstellungen merkte **Herr Philipps** an, dass hier etwas unternommen werden müsse. Es gebe schon eine starke Belastung sowie Arbeitsverdichtung einzelner Kolleginnen und Kollegen. Die Pensions- und Beihilferückstellungen – die zu einem höheren Personalaufwand als im Haushaltsplan 2010 veranschlagt führen – werden von der Versorgungskasse berechnet und lagen bei Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht vor. Die Einsparungen bei der baulichen Unterhaltung resultieren u.a. auch daraus, dass aufgrund von Personalnotstand nicht alle geplanten Maßnahmen durchgeführt werden konnten.

Herr Hammermeister ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass für teilweise nicht durchgeführte Maßnahmen Haushaltsreste (s. S. 67) gebildet und hierfür die Ermächtigungen in das Jahr 2011 vorgetragen seien.

Zur Zeit werde – so **Herr Hammermeister** – mit Hochdruck am Jahresabschluss 2011 gearbeitet. Er rechne damit, diesen bis Mitte Juli zur Prüfung ins RPA zu geben und evtl. im Spätherbst den Jahresabschluss 2012 fertig zu stellen.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion Bedenken habe, dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen, da die Fristen zur Vorlage des Jahresabschlusses nicht eingehalten wurden. Außerdem wären noch offene (Verständnis-)Fragen zu klären. **Herr Baxmann** betonte, dass die Fragen jetzt gestellt werden könnten/sollten.

Herr Zschoch erklärte, dass die Fragen schriftlich formuliert und vorgelegt werden würden. Die Verwaltung könne sie dann bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen beantworten.

Von **Herrn Philipps** wurde darauf hingewiesen, dass es zwar gesetzliche Vorgaben bzw. Fristen für die Vorlage des Jahresabschlusses geben würde, die aber tatsächlich nicht einzuhalten seien. Kaum eine Kommune in der Region sei angesichts des mit der Vermögenserfassung und -bewertung, d.h. mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz und des mit den doppelten Jahresabschlussarbeiten verbundenen enormen Aufwands in der Lage (gewesen), die gesetzl. vorgegebenen bzw. vorgesehenen Fristen einzuhalten. Auch die Kommunalaufsicht sei sich dessen bewusst.

Herr Schulz brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion dem Bürgermeister keine Entlastung erteilen wolle. Er lobte die gute Arbeit der Verwaltung gerade im Hinblick darauf, dass durch die Doppik grundlegende Veränderungen eingetreten und die Anforderungen gewachsen seien.

Von **Herrn Baxmann** wurde noch darauf hingewiesen, dass schon stichhal-

tige Gründe vorliegen müssten, um eine Entlastung zu verweigern.

Herr Weinel stellte fest, dass die Vorlage bis zur nächsten Sitzung vertagt werde, um der CDU-Fraktion Gelegenheit zu geben, ihre Fragen bis dahin schriftlich zu stellen.

6. Anfragen laut Geschäftsordnung

K e i n e

7. Anregungen an die Verwaltung

K e i n e

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer